



## Linksextremismus in NRW

**E**in wichtiger Aspekt in der Aufgabenstellung der Verfassungsschutzbehörden ist die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger: Wir wollen, dass Sie Extremismus erkennen können. Dafür veröffentlichen wir Broschüren, informieren im Internet und halten Vorträge. So vermitteln wir Argumente für die Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen. Denn eine aufgeklärte Öffentlichkeit ist das Fundament einer demokratischen Kultur.

Seit dem Ende der Nazi-Diktatur hat sich in Deutschland eine stabile demokratische Gesellschaft etabliert. Niemand fürchtet ernsthaft, dass dieser demokratische Konsens von der Mehrheit der Menschen bei uns im Land aufgegeben wird. Aber auch heute werden tragende Grundsätze unserer Grundordnung und das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft von Extremisten unterschiedlichster Denkart bedroht.

Dabei spielt es keine Rolle, ob islamistische Terroristen im Namen eines weltweiten Jihad den Frieden und unsere Freiheit bedrohen, ob Linksextremisten den Staat als angeblich menschenfeindlichen Sachwalter kapitalistischer Ausbeutung bekämpfen oder ob rechtsextremistische Volksverhetzer unsere ausländischen Mitbürger bedrohen: Unsere Demokratie hat die Pflicht, solchen Machenschaften entgegen zu treten. Ein Instrument dabei ist der Verfassungsschutz als Verkörperung der wehrhaften Demokratie unseres Grundgesetzes.

Linksextremistische Ideologien bieten mannigfache, zum Teil widersprüchliche Wege zu den von ihnen jeweils angestrebten neuen politischen und wirtschaftlichen Systemen an. Ihre Anhänger haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wer die gesellschaftlichen Veränderungen voranbringen soll (etwa Arbeiter, Intellektuelle oder außerparlamentarische Bewegungen).

Linksextremisten gehen von einem Umsturz der Verhältnisse („der Revolution“) aus, der – je nach Ansicht der verschiedenen Denkrichtungen – friedlich oder gewaltsam, schleichend oder schlagartig herbeigeführt werden soll.

Diese Broschüre soll einen Einblick in die verschiedenen Aspekte des Linksextremismus ermöglichen.

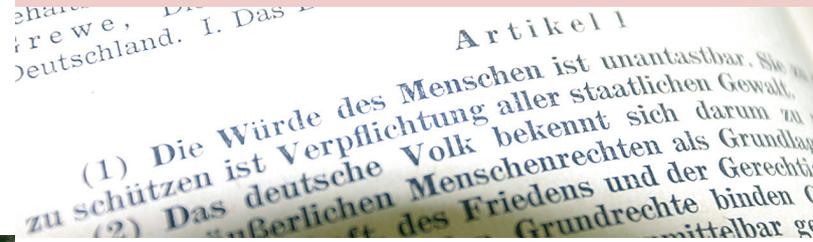
## Gegen die Verfassung

Linksextremisten wollen den Kernbereich der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik abschaffen oder in Teilen aufheben. Sie wollen die Idee einer klassenlosen Gesellschaft in Form eines herrschaftsfreien Zusammenlebens verwirklichen und streben ein sozialistisches/kommunistisches Gesellschaftssystem an. Sie verfolgen Ziele, die gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen und sind deshalb verfassungsfeindlich.



## Freiheitliche demokratische Grundordnung

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit für alle politischen Parteien und die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.



## Linksextremismus

Linksextremisten wollen eine Gesellschaft schaffen, in der jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht und der Zugehörigkeit zu einer Religion, einem Staat oder einer Klasse – frei von Herrschaft durch andere Menschen sein soll. Einig sind sich Linksextremisten aller Schattierungen darin, dass dafür die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung überwunden werden muss.

## Verfassungsfeindlichkeit linksextremistischer Utopien

In Deutschland hätte die Verwirklichung linksextremistischer Utopien zwangsläufig die Aufhebung im Grundgesetz verankerter Werte und Inhalte zur Folge. Die Menschenrechte, unsere garantierten Grundrechte und die parlamentarische Demokratie wären genauso beeinträchtigt wie Pluralismus, Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip – je nach ideologischer Ausrichtung mal mehr, mal weniger.

### *Kampf dem Faschismus*



Linksextremisten agieren mit unterschiedlichen Methoden und nutzen verschiedene Organisationsformen, etwa Parteien, Gruppen, Vereine, offene oder geschlossene Diskussionsrunden. Sie engagieren sich für ihre Zielsetzungen auch auf Aktionsfeldern und bei Themen, die für sich betrachtet nicht extremistisch sind. Auf diese Weise versuchen sie, ihre politischen Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen und sind dafür auch bereit, mit bürgerlich-demokratischen Organisationen und Institutionen zu kooperieren.



Wenn auch die einzelnen Themenfelder und Aktionsmuster innerhalb des linksextremistischen Spektrums je nach ideologischer Ausrichtung unterschiedlich sein können, so gibt es verbindende Elemente. Einig sind sich alle Linksextremisten, dass der Faschismus, die „kapitalistische Globalisierung“ und der Abbau von sozialen Leistungen und Rechten bekämpft werden sollen. Nach ihrer Ansicht liegt die politische Lösung in einem revolutionären Umbau des politischen und gesellschaftlichen Systems. Linksextremisten sehen daher gerade in an sich nicht extremistischen Politikfeldern eine Möglichkeit, ihren darüber hinausgehenden Zielen eine breitere Öffentlichkeit zu verschaffen.

## Gewaltfrage

Einer der umstrittenen Punkte innerhalb des Linksextremismus ist die Anwendung von Gewalt. Viele Linksextremisten sehen die Gewalt als ein legitimes und geeignetes Mittel an, um ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Aus taktischen Erwägungen sehen sie überwiegend in der derzeitigen gesellschaftlichen Lage aber davon ab. Sollte in der Zukunft eine sogenannte revolutionäre Situation soweit fortgeschritten sein, dass durch Gewaltanwendung der angestrebte Umsturz erreicht werden könnte, würde sie – den programmatischen Aussagen zufolge – auch angewandt.

In ihrer extremsten Form fand die Idee des „bewaffneten Kampfes“ ihren Ausdruck in den terroristischen Gruppierungen wie 'Rote Armee Fraktion' (RAF) und 'Bewegung 2. Juni'. Zwar gelten deren Gewaltakte auch in der linksextremistischen Szene als historisch überholt, allerdings werden Anschläge in Anlehnung an die Praxis der „Revolutionären Zellen“ auch heute noch verübt.

## Strömungen des Linksextremismus

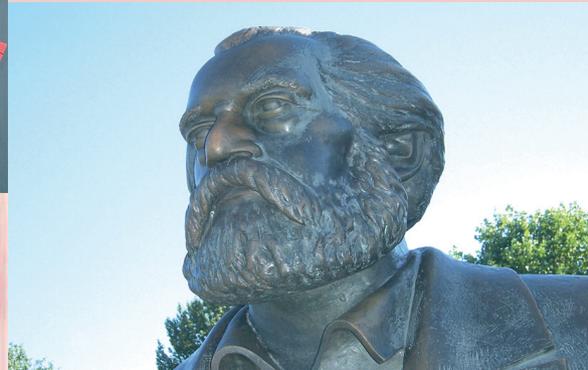
Im Linksextremismus gibt es zwei große Strömungen, die sich in ihrer grundlegenden Ausrichtung unterscheiden: den marxistisch geprägten Linksextremismus und den Anarchismus. Die ihnen zugrunde liegenden Denksysteme haben eine Vielzahl verschiedener Entwicklungen erfahren.



### Rückschau: Marxismus

Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) sind die Begründer des Marxismus. Die von ihnen verfassten Werke haben die Analyse der damals bestehenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse zum Inhalt. Hieraus leiteten sie Grundaussagen zu einer gesellschaftlichen Entwicklung ab, die zum Sozialismus und später zum Kommunismus führen sollte. Zu den bekanntesten Schriften gehören „Das Kapital“ und „Das Kommunistische Manifest“.

Marx und Engels verstanden ihre Analysen sowohl als wissenschaftlich fundierte Theorie als auch als Handlungsanleitung. Der Versuch, die Gesetzmäßigkeiten der Entstehung, Entwicklung und Ablösung einer Gesellschaft zu beschreiben, ließ jedoch viele Fragen der konkreten Ausgestaltung offen. Diktatoren wie Stalin, Mao Tse-Tung und Pol Pot nahmen für sich in Anspruch, die marxistische Theorie für ihre jeweilige historische Situation weiterentwickelt zu haben. Sie untermauerten damit ihre machtpolitischen Forderungen und rechtfertigten sogar Massenmorde.



### Rückschau: Anarchismus

Anarchisten lehnen jede Form der Regierung ab, gleich ob Monarchie, Republik, Diktatur oder Demokratie. Dabei reichte die Bandbreite von pazifistisch geprägten Strömungen bis zu Befürwortern von Terroranschlägen. Letztere orientieren sich an dem russischen Revolutionär Michail Bakunin (1814 – 1876), einem Gegner von Marx. In Deutschland sind anarchistische Gruppierungen bedeutungslos.

## Marxismus

Die Theorie von Marx und Engels geht davon aus, dass in allen Gesellschaften die Menschen bestimmten Klassen angehören, die untereinander hierarchisch gegliedert sind. Die jeweils herrschende Klasse verfügt über die Produktionsmittel und eignet sich den erwirtschafteten Reichtum an.



## Kapitalismuskritik

Die Abhängigkeit der arbeitenden Klasse („Proletariat“) besteht nach Karl Marx darin, dass sie gezwungen ist, ihre Arbeitskraft den Eigentümern der Produktionsmittel – den „Kapitalisten“ – zu verkaufen. Die arbeitende Klasse bekomme aber von den Kapitalisten nicht den wirklichen Gegenwert für ihre Arbeit, sondern lediglich einen Teil. Den Großteil des vom Proletariat erzeugten „Mehrwerts“, eigneten sich die Kapitalisten an. Auf diese Weise beuteten die Kapitalisten die arbeitende Klasse aus und würden immer reicher.

## Befreiung vom Kapitalismus

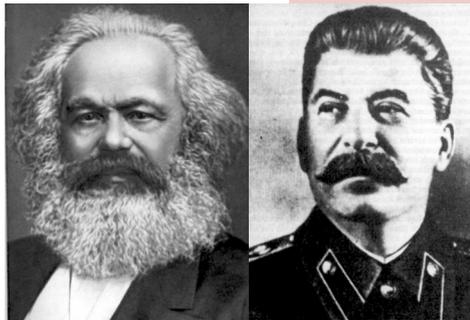
Laut Marx tragen Religionen und soziale Leistungen nicht zum Wohle der Bevölkerung bei, sondern zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Als Garant dieses Systems stehe der Staat, der mit seinen Institutionen – der Polizei, dem Militär, dem Beamtenapparat – die Herrschaft des „Kapitals“ sichere. Kriege dienten lediglich dem Bestreben der herrschenden Klasse, an der Macht zu bleiben und neue Märkte zu erschließen. Von der durch den Kapitalismus bedingten Abhängigkeit müsse sich der arbeitende Mensch befreien („emanzipieren“). Dazu müsse er sich die Produktionsmittel aneignen und die Eigentumsverhältnisse radikal ändern.



In Marx und Engels kommunistischem Gegenentwurf zu diesen beschriebenen gesellschaftlichen Strukturen soll die verrichtete Arbeit nicht der Bereicherung der herrschenden Klasse dienen, sondern einer Bereicherung und Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen. Sie forderten die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und eine Revolution, die den Weg zum Sozialismus und Kommunismus ebnen sollte. Ihre Annahme, daß ein planmäßiges Wirtschaften zur bestmöglichen Versorgung aller mit möglichst wenig Aufwand führt, hat jedoch historisch mehrmals zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbrüchen geführt.

## Marxistische Weiterentwicklungen

Lenin, Trotzki, Stalin, Gramsci, Mao Tse-Tung und Tito – um nur einige zu nennen – sahen sich in der marxistischen Tradition. Die von Stalin und Mao Tse-Tung geführten Gesellschaften standen jedoch eindeutig im Gegensatz zur marxistischen Utopie einer freien und gleichen Welt. Als weitere Entwicklungen aus dem Marxismus sind dann der Eurokommunismus (in Abgrenzung zum sowjetischen Kommunismus) und aktuell der Postkommunismus (Weiterentwicklung aus ehemaligen marxistisch-leninistischen Parteien) entstanden.



### Kurz: Leninismus

Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924) – Parteiname Lenin – sah es als notwendig an, die Arbeiterklasse durch eine revolutionäre Partei neuen Typs, bestehend aus Berufsrevolutionären, führen zu lassen. Diese war nach dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ organisiert. In der Realität war es somit wichtig, Parteimitglied zu sein, um sich theoretisch an Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Praktisch jedoch wurden Entscheidungen von oben nach unten durchgesetzt. Der Marxschen Theorie fügte Lenin den Imperialismus als letzte und höchste Stufe des Kapitalismus an. Er sah in der Revolution den einzigen Weg zum Sozialismus.

### Kurz: Stalinismus

Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (1879-1953) – Parteiname Stalin – übernahm nach dem Tod von Lenin die Führung der kommunistischen Partei Russlands. Er war davon überzeugt, dass es möglich sei, den Sozialismus in einem Land einzuführen, ohne dass dies gleichzeitig in allen anderen Ländern geschehen müsse. Unter seiner Herrschaft entwickelte sich eine Parteidiktatur, die als Machtinstrument der Parteifunktionäre weder intern noch in der Gesellschaft freie Meinungsäußerungen zuließ. Mit dem Begriff des Stalinismus ist untrennbar die Vernichtung von Millionen vermeintlicher und echter politischer Gegner verbunden.



### Kurz: Maoismus

Mao Tse-Tung (1893-1976) passte den Marxismus den in China zu seiner Zeit bestehenden Gegebenheiten an. Angesichts der wenig entwickelten Industriegesellschaft und der Dominanz der Landwirtschaft erhob er die Bauern zu einem wesentlichen Teil der revolutionären Bewegung. Neu für den Marxismus-Leninismus war sein Versuch, die bestehende Parteibürokratie durch eine Kulturrevolution zu brechen. Er sah nicht in den industrialisierten Ländern, sondern in den Ländern der dritten Welt mit ihren Bauern die Träger der revolutionären Bewegung. Auch der Maoismus führte zu einer Parteidiktatur gegen das Volk und kostete Millionen Menschen das Leben.

## Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien im Nachkriegs-Deutschland verfolgen verschiedene ideologische Richtungen. Diese unterschiedlichen Ansätze verhindern bisher ein gemeinschaftliches Auftreten.



Linksextremistische Parteien streben nicht in erster Linie nach parlamentarischer Repräsentanz. Sie sind sich ihrer geringen Erfolgsaussichten bewusst und wollen daher ihre politischen Ziele auch und vor allem über den außerparlamentarischen Kampf erreichen. Durch Bündnisarbeit und Einflussnahme auf soziale Bewegungen wollen sie auf Veränderungen hinwirken.



## KPD als erste relevante linksextremistische Organisation in Deutschland

Gesellschaftliche Relevanz erlangte der durch Parteien oder Organisationen repräsentierte Linksextremismus erstmalig durch die Gründung der 'Kommunistischen Partei Deutschlands' (KPD) im Jahre 1918; sie entstand durch Abspaltung aus der damaligen 'Sozialdemokratischen Partei Deutschlands' (SPD). Die KPD war durch die sowjetischen Kommunisten geprägt. Über lange Zeit, auch während der nationalsozialistischen Diktatur bis in die Nachkriegszeit, bekämpfte sie den bürgerlich-demokratischen Staat (erst die Weimarer Republik, dann die Bundesrepublik Deutschland).

## Von der KPD zur DKP

Die KPD wurde 1956 vom Bundesverfassungsgericht verboten. Dieses Verbot und die damit verbundenen staatlichen Strafverfolgungsmaßnahmen hinderten die KPD jedoch nicht daran, sich illegal weiter zu betätigen. Dies endete 1968 mit der Gründung der 'Deutschen Kommunistischen Partei' (DKP), die sich selbst als politische Nachfolgeorganisation der KPD versteht und deren Betätigung bis heute andauert.

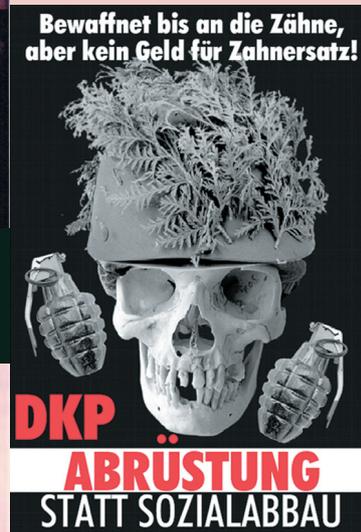
## Entwicklung der DKP

Nach ihrer Gründung wurde die DKP durch die 'Sozialistische Einheitspartei Deutschlands' (SED) der DDR massiv finanziell und organisatorisch unterstützt. Durch ihre finanzielle, personelle und organisatorische Einflußnahme beherrschte die SED praktisch die DKP. Mit dem Zusammenbruch der DDR gingen die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten verloren. Durch die von der DKP verfolgten Bündnisstrategien in den bürgerlich-demokratischen Bereich hinein war es ihr möglich, in begrenztem Umfang auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland Einfluss zu nehmen.



Unter Überalterung leidend, ist sie heute zu einer Kleinpartei geschrumpft, die gesamtgesellschaftlich ohne Bedeutung ist und deren Wirkungsmöglichkeiten auf wenige kommunalpolitische Schwerpunkte begrenzt sind. Im April 2006 verabschiedete sie ein neues Parteiprogramm, mit dem sie ihre alten Ziele den heutigen politischen Gegebenheiten anzupassen versucht. Sie hält unverändert an den ideologischen Kerninhalten des zusammengebrochenen „realen Sozialismus“ sowjetischer Prägung fest.

In der Zeit der DKP-Neugründung wurden eine Reihe weiterer marxistisch-leninistischer, marxistisch-leninistisch-stalinistischer und marxistisch-leninistisch-stalinistisch-maoistischer Parteien und Organisationen (sogenannte „K-Gruppen“) gegründet. Auslöser dieser Entwicklung waren die damaligen studentischen und gesellschaftlichen Proteste. Fast alle diese durch unterschiedliche ideologische Richtungen gekennzeichneten Organisationen haben sich im Laufe der Zeit aufgelöst oder ihre Ziele geändert.



Als eigenständige Organisationen mit diesem Ursprung existiert heute noch die 'Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands' (MLPD).

## Neue dogmatische Linke – MLPD

Die MLPD gehört zur sogenannten „dogmatischen neuen Linken“, die nach 1968 in Abgrenzung zum „realen Sozialismus“ als neue, eigene kommunistische Richtung entstanden ist. Sie sieht sich als Vorhut der Arbeiterklasse in Deutschland und will durch einen revolutionären Umsturz – bewirkt durch das bewaffnete Proletariat – die von ihr behauptete Herrschaft des Monopolkapitals durch die Diktatur des Proletariats ersetzen. Nach dem Umsturz soll ein Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft errichtet werden. Als Vorbild sieht die MLPD die Lehren von Marx und Engels, Lenin, Mao Tse-Tung und teilweise Stalin an.



Die MLPD ist straff geführt und in Betriebs- und Ortsgruppen organisiert. Sie versucht über die Jugendorganisationen 'Rebell' und 'Rotfüchse' Kinder und Jugendliche anzusprechen und sie ideologisch zu schulen („Schule der proletarischen Denkweise“). Mit Aktionen wie Pfingstjugendtreffen und Sommercamps soll der Nachwuchs für die organisatorische Basis der Partei gewonnen werden.

Aufgrund ihrer rückwärts gerichteten, ideologischen Formelhaftigkeit und ihrer sektenähnlichen Struktur – so wird etwa der seit der Parteigründung 1982 amtierende Parteivorsitzende als politischer Vordenker und unangreifbare Leitfigur gesehen – ist die MLPD aber selbst in der übrigen linksextremistischen Szene weitestgehend isoliert. Sie versucht, diese Isolierung in der linken Szene und in der Gesellschaft durch besonderes Engagement in der Frauen-, Friedens- und Arbeiterbewegung zu überwinden. Vor allem will sie sich als Anti-Kriegs-Partei profilieren. Die MLPD nimmt – teilweise in Bündnissen – an Wahlen teil und ist in einigen kommunalen Räten mit Mandaten vertreten.

## Von der SED zur DIE LINKE

Nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Machtverlust für die damalige staatsbeherrschende SED war die Partei genötigt, sich auf die Neuentwicklung einzustellen. Sie tat dies durch personelle, ideologische und organisatorische Veränderungen und durch die zumindest teilweise Orientierung in Richtung bestimmter Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Nach mehreren Umbenennungen führte die Partei den Namen 'Die Linkspartei.PDS'. Am 16. Juni .2007 trat die nicht vom Verfassungsschutz beobachtete Partei 'Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative' (WASG) der 'Linkspartei.PDS' bei. In Nordrhein-Westfalen erfolgte der Beitritt der WASG am 20. Oktober 2007. Diesmal erfolgte eine Umbenennung in 'DIE LINKE'.

Dieser Beitrittsprozess wurde sehr deutlich von der 'Linkspartei.PDS' dominiert.



## Partei DIE LINKE

Bis heute bleibt zweifelhaft, ob das von der Partei 'DIE LINKE' angestrebte sozialistische Gesellschaftsmodell und die von ihr beabsichtigten Eingriffe in die Gesellschaft mit den vom Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechten vereinbar sind. Die durch programmatische Unklarheiten begründeten Zweifel werden dadurch verstärkt, dass 'DIE LINKE' in ihren Reihen Teigliederungen duldet, die eindeutig extremistische Zielsetzungen verfolgen (z.B. die 'Kommunistische Plattform' – KPF) und dass sie mit Linksextremisten (z.B. DKP) zusammenarbeitet.



Es muss abgewartet werden, ob wesentliche Aussagen des potenziell auf Überwindung des bestehenden Systems ausgelegten Programms das Wesen dieser neuen Partei dominieren werden oder ob ihre Ziele mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Einklang zu bringen sind.

## Anarchisten

Der wesentliche Unterschied zu den marxistischen Vorstellungen besteht stark vereinfacht darin, dass sich in einer anarchistischen Gesellschaft der Idee nach jeder einzelne Mensch dem Gemeinwohl gegenüber verpflichtet fühlt und daher gleichberechtigt an allen Entscheidungen mitwirken soll. Jeder Mensch soll sich frei entfalten dürfen.



Anarchisten streben ein gewaltfreies gesellschaftliches Miteinander an, das auf Basis völliger Freiwilligkeit geordnet ist. Die Gesellschaft soll sich selber organisieren – eine Regierung und letztlich einen Staat gäbe es nicht mehr. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Richtungen fehlen dem Anarchismus verbindliche Theorien und gemeinsame Organisationsstrukturen. In seiner Entwicklung bildeten sich daher verschiedene politische Ausrichtungen, deren Verhältnis untereinander zum Teil spannungsgeladen war und ist.

## Autonome

Als Folgeerscheinung der alternativen Subkultur und der politischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre entstand die autonome Szene. Die individualistische Grundhaltung der Autonomen macht es schwer, verbindende politisch-ideologische Elemente aufzuzeigen. Autonome Positionen bauen im wesentlichen auf Negativabgrenzungen („Anti-Haltungen“) auf.



Maßgeblich ist die grundsätzliche Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber dem politischen und gesellschaftlichen System. Verbindliche Strukturen werden überwiegend abgelehnt. In der autonomen Szene werden unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Vorstellungen vertreten. Autonome mischen sich überall dort in aktuelle Konflikte ein, wo es ihren persönlichen Bedürfnissen und Grundüberzeugungen entspricht. Die aktionistischen Schwerpunkte liegen vor allem in den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus, Antiglobalisierung, Antiimperialismus und Anti-Kernkraft.

Das Bild von Autonomen in der Öffentlichkeit ist geprägt von der Berichterstattung in den Medien. Diese wird bestimmt von Demonstrationen, bei denen Autonome als bedrohlich wirkender „Schwarzer Block“ auftreten, oder von spektakulären Aktionen, die zu sichtbaren Gewaltakten führen und im Bewusstsein der Öffentlichkeit haften bleiben. Als Beispiel seien die Hausbesetzungen der 1980er Jahre genannt, die Antifa-Demonstrationen der 1990er Jahre, die Auseinandersetzungen mit der Polizei beim Widerstand gegen CASTOR-Transporte, die „riots“ gegen Globalisierung oder die Straßenkämpfe mit der Polizei am 2. Juni 2007 in Rostock anlässlich politischer Gipfelveranstaltungen.



## Gewaltanwendung

Innerhalb der autonomen Szene ist der Einsatz von Militanz kaum umstritten. Autonome wollen damit chaotische Zustände verursachen, um die Unregierbarkeit des Staates herbeizuführen. Insbesondere Gewalt gegen tatsächlich oder vermeintlich rechtsgerichtete Personen und Strukturen sowie gegen die Polizei und andere staatliche Institutionen gilt als legitimes Mittel im Einsatz für autonome Zielsetzungen. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung gesellschaftlicher Utopien steht konträr zu dem von der Mehrheit der gesamten Gesellschaft als gültig angesehenen Konsens, dass Entwicklungen durch demokratische Abstimmungen erreicht werden. Gewaltsames Vorgehen missachtet die in demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Menschen zu ihrer gewählten gesellschaftlichen Gestaltung.



## Antideutsche

Eine neuere Entwicklung ist die Strömung der 'Antideutschen', die eine Neubewertung linksextremistischer Klischeevorstellungen und die Aufarbeitung typischer linker Feindbilder (z.B. Anti-Amerikanismus, Palästina-Solidarität) fordern. Ihre Islamfeindlichkeit und die ausdrückliche Unterstützung Israels bis hin zur Befürwortung von militärischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten macht die antideutsche Szene zu einer Ausnahmeerscheinung innerhalb des linksextremistischen Lagers.

## Antifaschismus und Antirassismus

Nach Ansicht der Linksextremisten ist es die „bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“, die nach der ihr eigenen Gesetzmäßigkeit zwangsläufig den Faschismus und den Rassismus produziert. Die Schaffung einer klassenlosen, antikapitalistischen Gesellschaft ist danach das geeignete Mittel zur Auflösung faschistischer Tendenzen. Damit stehen Linksextremisten in Gegensatz zum staatlichen und bürgerlichen Antifaschismus und Antirassismus, der rechtsextremistische und rassistische Tendenzen außerhalb der Normen und Werte unserer Gesellschaftsordnung verortet und den Werteschutz durch die Verfassung in den Mittelpunkt stellt.



## Linksextremistische Kampagnenpolitik

Verschiedene Protestkampagnen wurden ins Leben gerufen, um die durch einen sich öffnenden Weltmarkt befürchteten Verarmungstendenzen in der Dritten Welt, die Profitorientierung von Großkonzernen und die durch die Wirtschaft verursachten Umweltschäden zu mindern oder zu verhindern. Linksextremisten unterstellen, diese Entwicklungen seien stets auf die rücksichtslose Ausbeutung durch das kapitalistische System zurückzuführen.



Sie versuchen über die Mitarbeit in Initiativen und Organisationen gegen Globalisierung oder Kernkraft, für Umweltschutz und soziale Belange, eine geeignete Plattform zur wirksamen Verbreitung linksextremistischer Vorstellungen zu schaffen. Autonome nehmen diese Kundgebungen im Rahmen von Kampagnen als willkommenen Anlass für „Randale“ und gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei.

## Organisationsformen

Während marxistisch orientierte Gruppierungen sich in Parteien organisieren und an Wahlen beteiligen, bevorzugen andere Linksextremisten eher locker organisierte Strukturen oder Netzwerke und lehnen Wahlen grundsätzlich ab. In den politischen Netzwerken wirken viele Gruppen und Personen auf unverbindlicher Basis mit und vertreten dort bei unterschiedlichen Beweggründen gleiche Interessen. Gerade bei den Autonomen scheitern Organisationsversuche regelmäßig, weil die damit verbundene notwendige Institutionalisierung und Verbindlichkeit ihren Grundvorstellungen zuwider läuft.



## Bündnispolitik von Linksextremisten

Wenn Linksextremisten ihre Ziele aus eigener Kraft nicht erreichen, werden sie häufig in Bündnissen zu verschiedenen Themenstellungen aktiv und versuchen so, in der Zusammenarbeit mit nicht extremistischen Bündnispartnern ihre politischen Ressourcen zu erweitern. Bei dieser Form der Zusammenarbeit ist es mitunter möglich, dass ein politisches Bündnis aus bestimmtem Anlass – etwa ein Aktionsbündnis gegen eine politische Gipfelveranstaltung (z.B. ein G8-Gipfel) – von Linksextremisten beeinflusst oder sogar dominiert werden kann.

## Publikationen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen



### Verfassungsschutzbericht NRW

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit gibt der Verfassungsschutz jedes Jahr einen Jahresbericht und einen Zwischenbericht heraus. Dieser, wie auch die Berichte der Vorjahre stehen im Internet zum Download zur Verfügung.



### Comic „Andi... Tage wie dieser“

Rechtsextremisten versuchen junge Menschen mit ihrer fremdenfeindlichen und antidemokratischen Propaganda zu ködern. Der Comic „Andi ... Tage wie dieser“ zeigt, wie so etwas ablaufen kann und wie Andi und seine Mitschüler mit dieser Herausforderung umgehen.



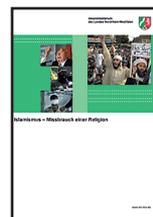
### Comic „Andi 2“ Andis Freund Murat hat Stress

Erneut versuchen Extremisten junge Menschen mit ihrer Propaganda zu ködern. Diesmal sind es radikale Islamisten, die Ayshe, Andi und den Freunden das Leben schwer machen. Der Comic „Andi 2“ bietet neben der interessanten Story umfassende Informationen zu den Themen Islamismus und Demokratie.



### Musik – Mode – Markenzeichen

Die Broschüre gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen von Eltern und Lehrern über Kleidungsstile und Musikrichtungen, Symbole in der rechtsextremistischen Jugendszene. Darstellungen zur strafrechtlichen Seite runden die Broschüre ab.



### Islamismus – Missbrauch einer Religion

Diese Broschüre befasst sich insbesondere mit der Situation muslimischer Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Sie eröffnet Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit die Möglichkeit, sich kurz und einführend mit dem Themenfeld des islamischen Extremismus auseinander zu setzen.



## Islamistische Organisationen in NRW

Die Broschüre stellt islamistische terroristische Organisationen und Strukturen dar und beschäftigt sich mit islamistischen Organisationen, die in NRW aktiv sind.



## Wirtschaftsspionage

Information und Prävention

Diese Broschüre will die Verantwortlichen in den Unternehmen für die Gefahren der Wirtschaftsspionage sensibilisieren, über Methoden und Ziele informieren und Hilfestellung anbieten, um Schäden zu vermeiden.



## Linksextremismus in NRW

Welche Ideologie verfolgen Linksextremisten? Wer gehört dazu? Wie verfolgen sie ihre Ziele? Eine 32-seitige Broschüre des Verfassungsschutzes gibt einen knappen Überblick über Linksextremismus in NRW.



## Verfassungsschutz in NRW – Aufgaben – Befugnisse – Kontrolle

Welche Aufgaben hat der Verfassungsschutz? Was darf er? Und: wie findet überhaupt die Kontrolle statt? Eine 32-seitige Broschüre gibt Ihnen zu diesen Fragen einen kurzgefassten Überblick.

Diese Broschüren des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes können Sie im Internet unter <http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz> bestellen oder downloaden. Dort finden Sie auch eine Vielzahl weiterer Broschüren, Fachaufsätze und anderes Informationsmaterial.

### Bestellservice

Bestellung: [Verfassungsschutz@mik1.nrw.de](mailto:Verfassungsschutz@mik1.nrw.de)  
[www.mik.nrw.de/publikationen](http://www.mik.nrw.de/publikationen)

Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Abteilung Verfassungsschutz  
Postfach 103013  
40021 Düsseldorf

## Impressum

### Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01  
Telefax: 0211/871-3355  
[poststelle@mik.nrw.de](mailto:poststelle@mik.nrw.de)  
[www.mik.nrw.de](http://www.mik.nrw.de)

### Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871 - 2821  
Telefax: 0211/871 - 161190  
[kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de](mailto:kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de)  
[www.mik.nrw.de/verfassungsschutz](http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz)



Stand: Juli 2008  
Druck: jva druck+medien  
Geldern

### Fotoquellen

S. 10 digitalstock  
S. 20 picture-alliance/dpa/dpaweb  
S. 28 picture-alliance/photoshot  
Innenministerium NRW

Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gerne kommen wir in Ihre Stadt oder Gemeinde, um Ihnen den Verfassungsschutz NRW vorzustellen oder über Themen wie Rechts- und Linksextremismus zu referieren und zu diskutieren. Näheres zu den Themen finden Sie hier: [www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/verfassungsschutz/vortraege.html](http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/verfassungsschutz/vortraege.html)

## Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01  
Telefax: 0211/871-3355  
poststelle@mik.nrw.de  
www.mik.nrw.de

